

Dresdner Volkszeitung

Verlagsort: Dresden.
Raben & Comp., Nr. 1988.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Hauptstadt: Dresden.
Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementpreis einschließlich Postgebühren monatlich 6,00 M., durch die Post gegen vierteljährlich 18,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 8,50 M. Et. Jahresnummer 80 Pf.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25 281.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25 281.
Verlagsstempel von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachts.

Anzeigenpreis: die 9 gesaltene Kompositionen 2,00 M., Familienanzeigen 1,50 M., die 9 gesaltene Reklameweile 6,50 M. Bei mehrmaliger Ausgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Preisüberprüfung 30 Pf.

Nr. 284

Dresden, Mittwoch den 8. Dezember 1920

31. Jahrg.

Parteien und Parteitage

Die Anhänger der U. S. V. werden es nicht wahr haben wollen, aber jeder, der politisch überhaupt mitarbeitet, wird es aus eigener Erfahrung bestätigen können: seit die Unabhängigen die kommunistischen Radikalen losgeworden sind, ist die U. S. V. eine andre Partei geworden. Sie hält gewiß formell an dem Leiharbeiterprogramm fest, aber doch nur als lösende Schlussphase einer sonst langwierigen Kollisionsphase. Jedenfalls haben die Unabhängigen jede politische Initiative nunmehr aufgegeben, das Schindeln und Verleumdungen hat niemals aufgegeben, und man kann menschlich und politisch mit den Unabhängigen wieder zusammenarbeiten. Dieser Wandel zeigt seine ersten Wirkungen sofort bei den Parteitagungen. Unsere Gewerkschaften in Sachsen brauchen zunächst weder die Macht in die Hände der Bürgerlichen zu legen, noch sich mit der Deutschen Volkspartei an einen Tisch zu setzen. Auch in Preußen ist angesichts der veränderten Verhältnisse eine Regierungskrise ausgebrochen. Unabhängige und Sozialdemokraten verfügen dort über 33 Stimmen gegen 36 bürgerliche, und sie scheinen gewillt, einen solchen Konfliktfall dazu zu benutzen, um die bürgerliche Regierung zu entlassen und selbst die Leitung der Geschäfte wieder in die Hand zu nehmen.

Zwischen hat sich der linke Flügel der Unabhängigen, die Neukommunisten, mit den Altkommunisten (A. P. D.) den Vereinigten Kommunistischen Parteien (V. K. P.) zusammengeschlossen. Viel Schwung und Stimmung hat auf dem Vereinigungsparteitag nicht geherrscht. Weber die weitpolitischen Phantasien des Dr. Levi noch die innerpolitische Wankstunde Däumig haben die Zuhörer warm werden lassen, und bei dem Agrarprogramm wurde es gar stimmig. Man hat auch bei den Kommunisten eingesehen, daß sich die Agrarfrage nicht mit dem Schlagwort Sozialisation lösen läßt und will deshalb aus Leibeskräften Opportunitätspolitik treiben. Natürlich wird mit robusstischem Ehrgeiz bewiesen, daß diese Opportunitätspolitik allein echt revolutionär sei, denn die sozialistische Revolution könne in Deutschland nur siegen, wenn man den Bauer mindestens neutralisiere. Wir fürchten, dann werden die Kommunisten auf ihre Revolution noch recht lange warten müssen. Einmal ist dieser Auseinandersetzung nur ein Scheiternsieg sicher. Wenn Dr. Schwarz, Kiel, der vor einem halben Jahre als Dr. Schwarz, Chemnitz, ein mehrheitssozialistisches Mandat erstritt, aber nicht erhielt, jetzt als kommunistischer Parteisekretär auseinandertretet, Opportunismus vor der Revolution sei echt marxistisch, Opportunismus nach der Revolution Verrat, so wird man ja nicht leugnen können, daß der Mann sich auf persönlichen Opportunismus auszeichnet versteht; aber Sachverständiger in sozialistischen Fragen ist er schon viel weniger. Die Organisation der Kommunisten ist jedenfalls der unsrer Partei aufs sorgfältigste abgelauscht, und man hat bei den Kommunisten zwar viel Markt sich sehr absurd gebärden sehen, aber auf den guten Wein wartet man bisher vergeblich.

Ob nicht auch den Kommunisten dämmert, daß ihre sozialistischen Gegenpieler, die Herren von der Deutschen Volkspartei, die jetzt in Nürnberg Parteitag haben, viel klüger sind? Die Leute verfolgen praktische Ziele mit praktischen Mitteln und erreichen etwas für ihre Kapitalisteninteressen. In Nürnberg haben sie die Teilnahme an der Regierung widerstandslos gutgelassen, und wir glauben den Kapitalisten gern, daß die Kammer und Schola für sie wertvoll sind. Als nächste Ziele wurden aufgestellt ein Ausnahmegesetz gegen die Streiks, die Heberwindung des „Logmas vom Achtstunden a“, und ein Ausnahmegesetz gegen die Kommunisten. Den Kommunisten soll das Wahlrecht genommen werden, ein Wert, zu dem sich selbst Bismarck in der Zeit des Sozialistengesetzes nicht vertragen hat. Das wäre allerdings ein ungeschicktes Mittel, um das gestrandete Schiff des Opportunismus wieder auf die hohe See zu bringen. Die Verlängerung der Arbeitszeit und das Verbot des Streiks zunächst in den lebenswichtigen Betrieben richtet sich unmittelbar gegen die gesamte Arbeiterklasse. Weniger als irgendein anderer Parteitag wird ein Mehrheitssozialist bestreiten, daß auch die Arbeiter sich den Forderungen des Gemeinwohl unterordnen müssen, aber daß jetzt voraus, daß man ihnen auch ohne Streik in gerechter Würdigung die Lebensmöglichkeit sichert. Bei der heutigen Wirtschaft- und Ernährungsnot, bei dem überhöhten und planlosen Abbau der Wirtschaft und den fortwährend steigenden Preisen ist der Arbeiter zu neuen Lohnforderungen und nötigenfalls an Streiks unaußweichlich gezwungen. Die Deutsche Volkspartei hat die arbeitende Bevölkerung bisher nur bedrückt können; sie hat auch nicht den leisesten Versuch gemacht, sie zu befreien.

Was nennt die Tägliche Rundschau die Deutsche Volkspartei? Die Partei des Wiederaufbaus. Was hat sie wieder aufzubauen? In Preußen den Hohenzollernthron und in Latein den freien Lebensmittelmärkten, sonst nichts. Die Schulden des Reiches hat sie um 50 Milliarden vermehrt, in der Druckerei von Papiergeld einen unter keiner früheren Regierung auch nur gedachten Beford erreicht, das Defizit der Eisenbahnen und der Post verdoppelt und nichts für die Verbesserung der Wohnungsnot, nichts für die bessere Verteilung der Arbeit unternommen. Das ist die Partei des Wiederaufbaus!

Die Landtagseröffnung

Im reich und geschmackvoll mit Blumen und Palmen geschmückten Sitzungssaal wurde gestern nachmittags durch den Ministerpräsidenten und der neue Landtag eröffnet. Die Tribünen waren dicht besetzt — ein Zeichen, welches großes Interesse die Bevölkerung den heutigen Vorgängen in Sachsen entgegenbringt. Natürlich waren die Hunderte, die die Tribünen füllten, nicht erschienen, um den Blumenkranz zu bewundern oder den Eröffnungseremonien beizuwohnen, sie hatte die Teilnahme an der bevorstehenden Regierungsbildung herbeigeführt. Wer aber schon in der ersten Sitzung auf entscheidende Erklärungen gerechnet hat, kam nicht auf seine Kosten. Sieht man von der beinahe selbstverständlichen Erklärung des Ministerpräsidenten ab, daß er sobald nach der Neuwahl des Landtagspräsidenten diesem sein Amt zur Verfügung stellen werde, dann wurde die Regierungsbildung nicht mit einem Worte erwähnt; das konnte von dem Kundigen nach Lage der Sache ja auch nicht erwartet werden.

Der neue Landtag zeigte besonders dem, der die verflochtene Volkstammer gefolgt hat, ein stark verändertes Bild. Auf den mittleren Tribünen, wo früher sozialdemokratische und demokratische Vertreter saßen, machen sich jetzt die Volksparteiler breit. Die bürgerlichen Vertreter sitzen fast genau die eine durch den Mittelgang bezeichnete Hälfte der Sitzplätze, während die andre von den sozialdemokratischen, unabhängigen und kommunistischen Vertretern eingenommen wird. Man sah zahlreiche neue Gesichter bei allen Parteien, auch einige vom früheren Landtage her bekannte sind neu aufgetaucht, besonders bei den Deutschnationalen.

Die einleitenden Eröffnungsreden verliefen sehr verschieden im Anfang, auffällig glatt und waren geeignet, dem Kundigen den Eindruck einmütiger Geschlossenheit vorzutauschen, denn Genosse Fröhlich wurde beinahe einstimmig zum Präsidenten gewählt, was, wie der Gewählte in seiner Dankrede hervorhob, seither in einem sächsischen Landtage noch niemals dagewesen ist. Welche Abstände von Gegenüber aber hinter dieser scheinbaren Einmütigkeit liegen, das verriet schon die allgemeine Weiterleitung, mit der der natürlich nur ironisch gemeinte Wunsch des Genossen Fröhlich aufgenommen wurde, daß sich die gleiche Geschlossenheit auch bei späteren wichtigen Wahlen zeigen möge, womit er auf die Wahl des Ministerpräsidenten anspielte.

Die Zahlen der Abgeordneten verliefen zwar reichlich glatt und berieten, daß diesen Wahlen Vereinbarungen zwischen den Parteien voranzutreiben waren, dagegen waren bei den Schriftführerwahlen scheinbar belanglose Fälle zu beachten, die aber aus

der gesamten Situation erwachsen waren, und überdies zeigten, daß die Kommunisten in ihrer Stellung als ausschlaggebende Gruppe der Linken ihre Ansprüche geltend zu machen gewillt sind. Sie sollten nach dem von sozialdemokratischer Seite gemachten Vorschlag nur einen stellvertretenden Schriftführer erhalten. Sie forderten aber einen ordentlichen und fügten sich dabei darauf, daß sie jetzt vereinigt seien und eine geschlossene Gruppe von neun Mann bilden. Nach einer Pause ist den Kommunisten für Ansbach von den Gruppen der Linken, die in Zukunft die Regierungsbildung darstellen werden, auch angeboten worden, während sich, wie die Abstimmung bewies, die bürgerlichen Parteien ablehnend verhalten haben, denn der kommunistische Schriftführer Bruns erhielt nur 33 Stimmen von den 66 anwesenden Abgeordneten; immerhin zeigt dieses Ergebnis, daß auch einige Demokraten für ihn gestimmt haben müssen. Es ist natürlich gar nichts dagegen einzuwenden, daß die Kommunisten mit ihrem Schriftführer auch eine Vertretung im Direktorium erhalten haben, beinahe bleibt aber, daß das auf Kosten der sozialdemokratischen Fraktion geschehen ist, die nun trotz ihrer überlegenden Stärke auch nur mit einem Mann, dem Präsidenten, im Direktorium vertreten ist. Das Wichtigste an dem Vorgang aber war seine mit der Regierungsbildung in gewissem Zusammenhang stehende politische Bedeutung. Den Kommunisten wäre ihre nicht einwandfreie Forderung nach einem Schriftführer wohl nicht angefallen worden, wenn ihre Haltung bei späteren Wahlen und Einschüßungen nicht von entscheidender Bedeutung wäre.

Nach den bisherigen Vereinbarungen soll die Wahl des Ministerpräsidenten Donnerstag vorgenommen werden. Am folgenden Dienstag wird der neugewählte Ministerpräsident die berufenen Minister bekanntgeben und sein Programm entwickeln.

Ueber die Verteilung der Ausschüsse ist eine Verständigung erzielt worden. Danach sollen im Haushaltsausschuß A den Vorsitz die Sozialdemokraten erhalten, im Haushaltsausschuß B die Deutsche Volkspartei, im Rechtsausschuß die Deutschnationalen und im Prüfungsausschuß die Unabhängigen.

Der deutschnationale Abgeordnete Dr. Eckardt hat mit Unterstützung der andern Mitglieder seiner Fraktion folgenden Antrag eingebracht: Der Landtag wolle beschließen, die Regierung aufzufordern, so schnell als möglich einen Gesetzentwurf zur Abänderung des Gesetzes über die Verhütung von Scheidungsdelikten bei der Landesbrandversicherung vom 30. Juni 1919 vorzunehmen.

Neueste Telegramme

Unangebrachte Geheimsträmerei

Eigene Dramelung
Aus Berlin wird uns berichtet: Die Reichsregierung hat sich auch bis heute noch nicht entschließen können, die Entenentwürfe über die Ministerreden im Lesenden Gebiet zu veröffentlichen. Wie es heißt, soll die Veröffentlichung erst erfolgen, nachdem sich das Kabinett mit der Angelegenheit beschäftigt hat. Diese unverständliche Haltung der Regierung in diesem und ähnlichen Fällen hat nur zur Folge, daß die Dinge von der ausländischen Presse wert gemeldet und erzählt werden können. Die deutsche Regierung aber braucht sich durch ihre Geheimsträmerei selbst das heute so wichtigen, ja beinahe einzigen Mittel unserer Politik, Eindruck im Ausland zu machen und sich den Rückhalt einer starken Volksstimmung für ihre Einschüßungen zu sichern.

Englisch-russischer Handel

London, 8. Dezember. Wie gemeldet wird, erhielt Krassin aus Moskau eine ausführliche Note, die nicht als eine Annahme oder Ablehnung der Vorschläge angesehen werden kann, obwohl sie zahlreiche Bemerkungen zu den britischen Bedingungen für die Wiederaufnahme des Handels mit Rußland enthält.

Berurteilung durch den Gerichtshof der interalliierten Kommission

Oppein, 8. Dezember. Der besondere Gerichtshof der interalliierten Kommission verurteilte gestern gegen einen Angehörigen des Hotels Domini, den Bureauchiffen Juskaalla aus Moskau, der im Verdacht steht, daß er die russische Regierung erklärt, daß er gute Beziehungen zu den französischen Soldaten angeknüpft habe. Nach seiner Auslage sind alle Mitglieder des polnischen Wehrkommissars mit den französischen Soldaten gut bekannt. Juskaalla hatte vor ein paar Tagen, angeblich betrunken, sich in die Kollisionslinie gegeben und sich von einem Jäger des 24. Bataillons Mantel, Wädel, Handschuhe, Seidengewehr und Kapp gegeben lassen. Auf dem Bahnhof fiel es einem Abstimmpolizisten auf, daß dieser angebliche Franzose nur deutsch und polnisch sprach. Daraus wurde er verhaftet. Auf die Frage des Vorstehenden, warum er sich betrunken habe, sagte er, daß man im Hotel Romn Geld genug verdienen. Das Gericht verurteilte ihn wegen unbefugten Uniform- und Waffentragens zu vier Monaten Gefängnis.

Chronberzicht Konstantins?

Paris, 8. Dezember. Petit Parisien veröffentlicht eine Athener Meldung des Daily Express, wonach die griechische Regierung an König Konstantin das Ersuchen gerichtet habe, angesichts der feindlichen Haltung der Entente-Regierungen auf den Thron zurückzutreten. Nach einer Kon-

stantinopeler Meldung soll der griechische Patriarch von Konstantinopel das gleiche Ersuchen an Konstantin gerichtet haben. Dem Londoner Vertreter des Petit Parisien wird andererseits berichtet, daß die Königin von Rumänien versuche, persönlich in Luzern Konstantin zum Verzicht zu veranlassen.

Auffällige Landungen

Rom, 8. Dezember. Die Agenzia Stefani meldet: Der Torpedobootsgrößen Franzosi mit dem Torpedoboot 68, die zum Hochseegeschwader der Adria gehören, sind im Hainne, ohne Befehl dazu erhalten zu haben, vor Anker gegangen. Es ist noch nicht bekannt, wer diese Abweichung von der Marschroute veranlaßt oder ausgeführt hat. Nach den ersten Nachrichten scheinen die Kommandanten überzumpelt worden zu sein. Die Angelegenheit wurde sofort zur Kenntnis der militärischen Gerichtsbehörden gebracht.

Der kranke Wilson

London, 8. Dezember. Die Times melden aus New York: Präsident Wilson hat, dem Rate seiner Ärzte entsprechend, nicht persönlich eine Postkarte an den Kongreß geschrieben, sondern nur den Ausschuß selber Briefe empfangen, der ihm den Zusammentritt des Kongresses mitteilt.

Nationalistische Ruhefrörer

Rom, 8. Dezember. Mehrere hundert Jugendnationalisten versuchten gestern abend nach Schluß einer Kundgebung zu Gunsten der Armergen Dalmatiens vor der Kammer eine feindliche Kundgebung zu veranstalten. Sie wurden von Carabinieri ohne Zwischenfall gerettet. Giornale d'Italia meldet, daß sich in Ancona 500 Mann Carabinieri nach Jara eingeschickt haben. Die Lage in Dalmatien gestaltet sich immer schwieriger. Ideas Nazionale meldet, daß die Armierung Dalmatiens durch die Verlagerungstruppen gemäß dem Vertrag der Rapallo begonnen hat.

Hausfuchungen wegen Kettenhandels und Breistreibererei

Dresden, 8. Dezember. Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft Freyberg fanden Montag den 6. Dezember in Dresden und Umgebung mehrere Hausfuchungen statt wegen Kettenhandels- und Breistreibererei. Die Hausfuchungen fanden in Zusammenhang mit der bei der Staatsanwaltschaft Freyberg erhängigen Sache gegen den ehemaligen Einkaufskommissionär für den Kommunalverband Freyberg-Warner. Warner befindet sich bereits seit mehreren Wochen in Untersuchungshaft.